

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: LDK (dort beschlossen am: 28.09.2024)

Titel: Wohnungspolitik statt Wohnungsmarktpolitik

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die SPD Sachsen weiterleiten:

Antragstext

1 In der kapitalistischen Gesellschaft ist Wohnen zur Ware geworden. Anstatt als
2 grundlegendes Menschenrecht behandelt zu werden, unterliegt Wohnen den Zwängen
3 der Verwertungslogik. Das führt vor allem in Großstädten zu einer dramatischen
4 Verteuerung der Mieten. Diese Entwicklung ist auch in den sächsischen
5 Großstädten, insbesondere Leipzig und Dresden, deutlich zu spüren.

6 Leipzig, als Stadt mit der höchsten Mieter*innenquote in Europa, verzeichnete in
7 den letzten Jahren eine massive Preissteigerung bei den Angebotsmieten, also bei
8 Neuvermietungen. Dresden steht vor ähnlichen Herausforderungen. Diese Städte
9 sind geprägt vom Zuzug vieler Menschen, insbesondere Studierender, die häufig
10 lange nach bezahlbarem Wohnraum suchen müssen. Das bisherige Überangebot an
11 Wohnungen, das die Preise lange Zeit in Schach hielt, ist verschwunden, und die
12 Mieten steigen scheinbar unaufhaltsam weiter.

13 In Städten wie Berlin, München oder Stuttgart führten ähnliche Entwicklungen zu
14 sozialen Verwerfungen, die sich in Gentrifizierung und Verdrängung ausdrücken.
15 Auch das beobachten wir in Städten in Sachsen.

16 Zusätzlich sorgt ein angespannter Wohnungsmarkt für mehr Menschen, die in die
17 Wohnungslosigkeit oder gar Obdachlosigkeit fallen. Gerade Familien in prekären
18 Verhältnissen und Jugendliche, die ohnehin schon prekär leben und ggf. aus ihrem

19 Elternhaus ausziehen sind besonders davon betroffen. Um eine ähnliche
20 Entwicklung hier zu stoppen, müssen wir uns von der marktgesteuerten
21 Wohnungsmarktpolitik abwenden und eine Politik verfolgen, die das Menschenrecht
22 auf Wohnen in den Mittelpunkt stellt.

23 Ein Blick nach Wien zeigt, dass eine andere Politik möglich ist. Das Rote Wien
24 (Zeit von 1919 bis 1934 als die Sozialdemokratie mit absoluter Mehrheit
25 regierte) zeigt, dass das konsequente Investieren in kommunalen Wohnraum auch
26 100 Jahre später noch effektiv ist. Die Stadt Wien beweist durch ihre kommunale
27 Wohnungsverwaltung „Wiener Wohnen“, dass bezahlbarer Wohnraum für alle
28 gewährleistet werden kann. Infolge dieser Politik zählt Wien zu den
29 lebenswertesten Städten der Welt.

30 Außerdem wollen wir eine Wohnungspolitik die die Bedürfnisse der Menschen in den
31 Vordergrund rückt. Unser Ziel ist, dass jede*r die Möglichkeit habt, dort zu
32 wohnen, wo es am besten zum eigenen Leben passt. Und das entscheiden die
33 Menschen am besten selbst. Der Zugang zu Infrastruktur muss überall gesichert
34 sein.

35 Der Explosion der Mietpreise wollen wir eine radikale, linke Wohnungspolitik
36 entgegenstellen, bevor es zu spät ist. Wir blicken in viele andere Städte, wo
37 ähnliche Antworten auf ähnliche Probleme gefunden werden wollen. In Berlin
38 setzte sich 2021 der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ zwar
39 durch, wurde aber von der SPD in Regierungsverantwortung vollständig ignoriert.
40 Wir sind deshalb umso entschlossener, die Preisentwicklung in unseren
41 Großstädten aufzuhalten.

42 Forderungen:

43 1. Einführung einer kommunalen Wohnungsverwaltung nach Wiener Vorbild in allen
44 sächsischen Städten ab 100.000 Einwohner*innen:

- 45 • Der Freistaat Sachsen soll Städte ab 100.000 Einwohner*innen verpflichten,
46 eine kommunale Dienststelle ähnlich der „Wiener Wohnen“ einzurichten.
47 Diese Institution soll dafür sorgen, dass alle Bürger*innen Zugang zu
48 kostengünstigem Wohnraum haben, unabhängig von ihrem Einkommen. Diese
49 Dienststellen dienen gleichzeitig auch als Anlaufstelle für Menschen,
50 denen ein Wohnungsverlust droht.

51 2. Rückführung von 50 % der Wohnungen in Städten ab 50.000 Einwohner*innen
52 bis 2035 in kommunale Hand:

- 53 • Um langfristig bezahlbaren Wohnraum zu sichern, soll bis 2035 mindestens
54 die Hälfte des Wohnungsbestandes in Städten ab 50.000 Einwohner*innen in
55 kommunales Eigentum überführt werden. Dies kann durch den Erwerb, die
56 Rückabwicklung von Privatisierungen oder Enteignungen von leerstehenden
57 oder spekulativ gehaltenen Immobilien erfolgen. Hierfür muss der Freistaat
58 die Kommunen entsprechend großzügig finanziell unterstützen.

59 3. Zerschlagung von rechtsradikalen Immobilienbesitzer*innen

- 60 • Ein besonderer Fokus soll dabei auf der Rekommunalisierung von Immobilien
61 liegen, die sich in rechtsradikalen Netzwerken befinden. Dadurch soll
62 gewährleistet werden, dass sich keine faschistischen Netzwerke in unseren
63 Kommunen niederlassen und zu starken Einfluss auf diese gelanden, wie es
64 bspw. in Jamel in Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist.

65 4. Förderung von Neubau und Sanierung unter Berücksichtigung sozialer und
66 ökologischer Standards:

- 67 • Der Freistaat Sachsen soll Förderprogramme auflegen, die den sozialen
68 Wohnungsbau und die Sanierung von Bestandsgebäuden nach ökologischen
69 Standards unterstützen. Dabei ist sicherzustellen, dass sowohl die
70 Energieeffizienz als auch die Bezahlbarkeit der Wohnungen im Fokus stehen.
71 Die kommunalen Wohnungsverwaltungen sollen hierbei eine zentrale Rolle
72 einnehmen.

73 5. Milieuschutz gewährleisten:

- 74 • Der Freistaat Sachsen soll die Zusammensetzung der gebietsansässigen
75 Wohnbevölkerung schützen, indem höhere Hürden für Vermieter*innen gesetzt
76 werden, die aufgrund von Sanierung, Anbau von Balkonen oder
77 Grundrissänderungen des Wohngeländes den Mietpreis erhöhen wollen.

78 6. Stärkung der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft:

- 79 • Sachsen muss die Gründung und den Ausbau von Wohnungsgenossenschaften und
80 ähnlichen gemeinwohlorientierten Institutionen aktiv unterstützen. Dafür
81 sollen u.a. steuerliche Erleichterungen und direkte finanzielle Hilfen
82 bereitgestellt werden. Ziel ist es, dass bis 2035 mindestens 30 % des
83 gesamten Wohnungsbestandes in Sachsen genossenschaftlich oder gemeinnützig
84 verwaltet werden. Zudem soll sich Sachsen auf Bundesebene für die
85 Wiedereinführung einer richtigen Wohnungsgemeinnützigkeit einsetzen.

86 7. Housing First durchsetzen

- 87 • Zu Wohnen als Grundrecht gehört auch die konsequente Bekämpfung von
88 Obdachlosigkeit. 2022 waren über 262.000 Menschen in Deutschland
89 wohnungslos. Dem muss entgegengetreten werden, indem wohnungslose Menschen
90 mittels der Dienststellen zur Vermittlung von Wohnungen eine Wohnung
91 vermittelt bekommen.

92 8. Einbindung des Ordnungsamtes

- 93 • Um zu gewährleisten, dass obdachlose Menschen die nötige Hilfe bekommen,
94 soll das Ordnungsamt die nötige Hilfe leisten, dass obdachlose Menschen
95 ein Termin für eine Wohnungsvermittlung bekommen. Aus diesen Gründen muss
96 das Ordnungsamt darin geschult werden um einen respektvollen Umgang mit
97 obdachlosen, sowie suchtkranken Menschen an den Tag zu bringen.

98 9. Strategische Bodenpolitik zur Sicherung kommunalen Eigentums:

- 99 • Es ist eine strategische Bodenpolitik notwendig, die darauf abzielt,
100 städtische Grundstücke in kommunaler Hand zu halten oder dorthin
101 zurückzuführen. Bauprojekte sollen erst genehmigt werden, wenn die
102 betreffenden Grundstücke in kommunalem Besitz sind, um Spekulationen und
103 überhöhte Bodenpreise zu verhindern. Vorbilder wie die strategische
104 Bodenpolitik der Stadt Ulm sollen dabei als Leitfaden dienen.

105 Des Weiteren wollen wir mit Blick auf die Wohnungsnot vieler Menschen in
106 Großstädten dem Wohnungsnotstand entgegentreten. Während die SPD im Bund ihr
107 Wahlversprechen mit den 400.000 Neubauwohnungen nicht halten wird, wird die
108 Notlage immer größer. In Dresden werden bis 2028 über 4.500 Neubauwohnungen pro
109 Jahr benötigt. Dabei würde die Nutzung der knapp über 13.000 leerstehenden
110 Wohnungen helfen, aber das Problem nicht lösen. Ähnlich sieht das Problem in
111 Leipzig aus. Konsequenzen aus dem Mangel an Wohnraum sind unter anderem
112 steigende Mietpreise und drohende Wohnungslosigkeit. Aus diesem Grund müssen wir
113 neue Ansätze nutzen, um die Wohnungspolitik effizienter zu gestalten.

114 Forderungen:

115 1. Modulares Bauen in den Vordergrund rücken und fördern

- 116 • Modulares Bauen ist eine effiziente Möglichkeit, um Wohnungen zu
117 gestalten, indem Bauelemente von Wohnungen in Fabriken hergestellt und

118 zusammen mit den anderen Elementen vor Ort zusammenmontiert werden.
119 Dadurch können wir schnell der Wohnungsnot entgegentreten.

120 **2. Aufstockung und Nachverdichtung von nicht bewohnten Wohnungen und Gebäuden.**
121 sowie Sanierung von unbewohnten Wohnungen

- 122 • Durch Aufstockung und Nachverdichtung schafft man neuen Wohnraum, indem
123 man neuen Wohnraum erweitert. Da dies häufig mit der Sanierung von bspw.
124 Altbauwohnungen einhergeht, kann man das mit der Sanierung und
125 Reaktivierung von leerstehenden Wohnungen verbinden.

126 **3. Lockerung des Denkmalschutzes**

- 127 • Viele unbewohnte Gebäude können schlecht saniert werden, da es zu
128 Problemen mit dem Denkmalschutz kommt. Um aber zu gewährleisten, dass der
129 Wohnraum genutzt werden kann, muss der Denkmalschutz gelockert werden.

130 **4. Förderung von Co-Housing Formen**

- 131 • Co-Housing Modelle sorgen dafür, dass sich mehrere Familien
132 Wohnungsinfrastruktur wie bspw. Küchen und Gemeinschaftsräume teilen.
133 Diese Wohnungsform ist ressourceneffizient und bietet ggf. alleinstehenden
134 und/oder älteren Personen ein soziales Umfeld im eigenen Zuhause.

135 **5. Durchsetzung eines bundesweiten Mietendeckels.**

- 136 • Mit dem gekippten Mietendeckel in Berlin ist klar. Ein Mietendeckel ist
137 möglich, aber nur auf Bundesebene umsetzbar. Wir fordern die Durchsetzung
138 eines Mietendeckels für ganz Deutschland, damit Wohnen für jede*n keine
139 Frage des Geldes ist. Es dürfen keine Gewinne mit den Notlagen von
140 Menschen gemacht werden. Darum fordern wir eine Wohnungspolitik statt
141 einer Wohnungsmarktpolitik

142 Darüber hinaus wollen wir als Jusos gewährleisten, dass die eigene Wohnung mehr
143 als ein Schlafplatz ist. Wir wollen eine gute Verkehrsverbindung gewährleisten,
144 welche jeder*m eine Anbindung an Supermarkt, Gesundheitsversorgung und Behörde
145 bietet, aber auch die Möglichkeit sich in ein soziales Gefüge zu integrieren.
146 Die Anbindung zu Freizeiteinrichtungen und Kultur ist ebenso zentral.

147 Forderungen:

148 1. ÖPNV-Netz in Städten ab 50.000 Einwohner bis 2035 stärken

- 149 • Ein engmaschiges ÖPNV-Netz nach dem Vorbild Zürichs, in allen sächsischen
150 Städten ab 50.000 Städten, mit einer 10-Minuten-Taktung einer Linie in
151 allen Stadtteilen, die in die Kernstadt führt.

152 2. Anbindung in jeder Gemeinde gewährleisten

- 153 • Umsetzung von flächendeckender Infrastruktur, sodass jede Gemeinde in
154 Sachsen eine Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmitteln hat, die im 30-
155 Minuten-Takt eine Person bis zum nächsten Supermarkt, Krankenhaus und zur
156 nächsten Apotheke und Schule befördern können.

157 4. Anbindung zwischen kleineren und größeren Städten ausbauen

- 158 • Direktverbindungen im 30-Minuten-Takt in jeder Stadt ab 10.000 Einwohner,
159 welche eine Stadt mit mindestens 50.000 Einwohner*innen bedienen.

160 5. Digitalisierung der Infrastruktur

- 161 • Um die Machbarkeit zu gewährleisten, muss die nötige Technologie zur
162 Digitalisierung sowie des autonomen Fahrens von bspw. Bussen evaluiert und
163 wenn möglich implementiert werden.

164 Nur durch eine konsequente Abkehr von der Marktlogik hin zu einer sozial
165 gerechten Wohnungspolitik kann das Menschenrecht auf Wohnen in Sachsen gesichert
166 werden. Die Einführung kommunaler Wohnungsverwaltungen, die Rückführung von
167 Wohnraum in öffentliche Hand sowie die Förderung gemeinnütziger und
168 genossenschaftlicher Strukturen sind notwendige Schritte, um den aktuellen
169 Entwicklungen in Sachsens Städten entgegenzuwirken.

170 Zusätzlich wollen wir ermöglichen, dass alle ihren Supermarkt sowie alle
171 wichtigen Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen von ihrer Wohnung schnell und
172 sicher erreichen können. Denn der Wohnort darf niemanden exkludieren und keine
173 gesellschaftliche Benachteiligung zur Folge haben. Wir Jusos Sachsen fordern
174 daher eine Landespolitik, die das Wohnen nicht dem Markt überlässt, sondern
175 aktiv gestaltet und den Wohnraum als gemeinschaftliches Gut versteht.